

Hallische Zeitung

vorm. im G. Schweissfäher'schen Verlage. (Hallischer Courier.)

Insertionsgebühren... pro Zeile 40 Pf.

Abonnements-Preis pro Quartal 3 Mark.

Nr 181. Verlag der Actien-Gesellschaft Hallische Zeitung. Halle, Dienstag den 7. August. Verantwortl. Redacteur: In Vertr. A. Coehring in Halle. 1883.

Politischer Tagesbericht.

Unser Berliner Correspondent schreibt uns heute: Das französische Parlament hat seine Arbeiten beendet, nachdem es der Regierung das wichtige Prinzip der Unabgrenzbarkeit des Reichers gepepirt und durch Genehmigung der mit den großen Eigenschaften geschlossenen Verträge der Regierung nur über große finanzielle Schwierigkeiten hinweggehoben, aber auch ein großes Geld Staatsverleugnung — nicht zum Vorteil des Gemeinwohls der Privatkapitalisten — preisgegeben hat. Auch das englische Parlament war demnach seine Arbeiten schliessen und beschließen demgemäß das Tempo seiner Beratungen. Auch die Debatte über den von den Führern der Opposition eingebrachten Abweg-Antrag in der Suez-Canal-Frage ist nur von kurzer Dauer gewesen; aber wohl nicht lediglich aus Rücksichten der Zeitersparnis, als vielmehr weil der Appell Gladstones an den britischen Patriotismus offenbar seine Wirkung nicht verfehlt hatte. Der Antragsteller selbst sagte sich dieser Maßnahme, seine Erörterungen herbeizuführen, welche die Freundschaft mit anderen Staaten auf eine harte Probe stellen könnten und die rein sachlichen und juristischen Momente, welche der Retner zu Gunsten seines Antrags anführte, boten dem Premier die Gelegenheit zu einer Widerlegung, welche seinem Charakter ein glänzendes Relief gab. An eine Wiederlegung der Regierung war, wie wir voraus sagten, nicht mehr zu denken, nachdem Gladstone darauf verzichtet hatte, für das mit Verfassergeschlossenen Abkommen die Zustimmung des Parlaments zu fordern, gegen welche sich auch ein Theil der Majorität gesträubt hätte. Auch die in der Sitzung des Unterhauses vom 31. v. M. abgegebenen Erklärungen ist übrigens nicht bloß ein augenblicklicher Aufschwung, welcher, nachdem sich in den letzten vier materiellen Interessen die nationalen Selbstwahrnehmungen gemischt hatten, eine für den Frieden bedeutliche Wendung nehmen konnte, bezeugt, es ist auch vorgebeugt worden, daß die Suez-Canal-Frage nicht in einer andern Form wieder auftauchte. Wie man weiß, ist neben dem Projekt, einen englischen Konkurrenz-Canal durch den Siphosus zu bauen, auch der andere venturiert worden, von einem syrischen Hafen aus einen Canal durch Palästina nach dem rothen Meere zu führen und die syrischen Mächte nach Entschluß des Propaganda für dieses Projekt, von dessen Vermögenlichkeit sie sich die größten Vortheile versprechen. Herr Gladstone aber sagte in seiner Rede vom 31. v. M. unter Anderm auch: „Die Gegenwart gegen die bestehende französische Suezschiffahrt entspringt aus dem Wunsch, „einen englischen Canal mit englischen Geld zu bauen“. Zögerliche erkläre, daß es einen englischen Canal nur dort geben kann, wo britische Gebiete liegt.“ Ebenfalls wird es jetzt die Aufgabe der besprechenden Schiffahrt sein, den begründeten Beschwerden des Dombel und Schiffahrt treibenden Publicums über die Verwaltung und über die Art, wie sie ihr Privilegium ausübt, gerecht zu werden. Die Pflicht ist ja auch anerkannt und die Verantwortlichkeit zur Abhilfe ausgesprochen worden. Es würde aber einen sehr geringen Grad politischer oder geschäftlicher Verachtung, wenn man sich durch den Ausgang, welchen die Canal-Station in England jetzt genommen hat, in Sicherheit wiegen lassen und die Zeit nicht benützen wollte, um jeden sachlichen Vorwand zu einer Wiederaufnahme derselben von vornherein abzuschneiden.

Nicht geringes Aufsehen erregt in den beteiligten Kreisen das in diesen Tagen amtlich veröffentlichte Ergebnis der Wahlen für die Abgeordneten der Reichstagskammer für das Jahr 1882/83. Von 228 Kandidaten die vor den drei in Preußen bestehenden Staatsparlamenten in Berlin, Hannover und Baden die erste Staatsprüfung zum Regierungsrath abgelegt, haben nämlich nur 123 die Prüfung bestanden und sind in Folge dessen zu Regierungsrathstellen bzw. Regierungsrathstellen ernannt; nicht weniger als 105, also 46 pCt., haben den Prüfungsanforderungen nicht entsprochen. Schon in den vorigen Jahren war der Anfall der Wählerprüfungen in hohem Grade befremdend, denn 1880/81 von 374 Kandidaten nur 260 und 1881/82 von 329 nur 208 bestanden, die 30 pCt. von dem Geprüften fielen in dem ersten genannten Jahre über 40 pCt. und im folgenden Jahre 37 pCt., und diese Zahl hat sich im letzten Jahre auf 46 pCt. erhöht! Fast die Hälfte der Kandidaten erreicht somit das gesteckte Ziel nicht oder erst nach einer Wiederholung der Prüfung und nach einer abermaligen Anstrengung, die im Hinblick auf die geringe Selbstständigkeit eines glücklichen Ausgangs Körper wie Geist doppelt angreifen muß. Dieses gewaltige Mißverhältnis, das in keinem andern Fache auch nur annähernd wieder vorkommt, kann selbstverständlich nicht an persönlichen Fehlern, sondern nur an den Einrichtungen liegen, sei es nun, daß in den Prüfungen über das Durchgesehen hinausgehende unbedeutende Anforderungen gestellt werden oder daß die Studienzeit der Wählerprüfungen, welche volle vier Jahre beträgt, zu lang bemessen und durch keine Zwischenprüfung unterbrochen ist. Vermuthlich würden beide Punkte zusammen. Daß die Ursache der außerordentlichen Erscheinung nicht bei den Personen gesucht werden kann, bedarf keiner weitem Ausführung; retrahiren sich die Studirenden des Waispuchs doch ebenso wie die übrigen sogenannten gelehrten Jünger aus den Universitäten der Gemüths- und Realwissenschaften, und in zahlreichen Fällen wird das Waispuch gerade von solchen gewählt, die als gute Mathematiker oder Zeichner für das beste eine gewisse Anlage besitzen, während sich andern Fächern, namentlich der Rechtswissenschaften, bekanntermaßen vielfach diejenigen zuwenden, bei denen keine ausgesprochene Neigung für ein bestimmtes Fach vorhanden ist. Gerade bei der Prüfung des Aufstufens der Wählerprüfungen mit dem der Wählerprüfung zeigt aber das Abnorme der angeführten Ergebnisse besonders klar: in den drei Jahren 1879—81 betrug nach den vorliegenden amtlichen Ausweisen die Zahl der zum Referendarat Geprüften der Reihe nach 470, 463 und 596, von denen 66, 83 und 93 die Prüfung nicht bestanden. Das macht also in jeder Zahl an Durchgefallenen 12, 18 und 15 1/2 pCt. bei der Referendarprüfung, welche die vorhin erwähnten 30 1/2, 37 und 46 pCt. bei der Wählerprüfung. Ob die jetzt schon etwas

gesehen ist, um diesem großen Uebelstande abzuhelfen, ist nicht bekannt geworden.

Der Kultusminister hat, der Schief. Volks-Ztg. zu Folge, ein an sämtliche Regierungen, die Landdrostieen, Provinzial-Schultheißen und Konsistorien in den neueren Provinzen gerichtete Rescript erlassen, worin derselbe, um über die Verhältnisse sämtlicher von königlichen Behörden vermittelten oder beauftragten Staats- und Lehranstalten, welche entweder ausschließlich oder zum Theil zur Verwendung für kirchliche Zwecke bestimmt sind, einen genaueren Ueberblick zu erhalten, bezüglich der von verschiedenen Regierungen unterstehenden Fonds mit geachteter Zweckbestimmung baldmöglichst einen detaillirten Bericht verlangt.

Die demokratische „Frankfurter Zeitung“ veröffentlicht vor Kurzem eine Reihe von „militärischen Zusammenfassungen“, in denen sie gleich zu Anfang hervorhebt, daß in ganz Europa eine tiefgehende Unzufriedenheit mit den jetzigen Wehrverhältnissen besteht. Dann spricht sie den Wunsch aus, „nun endlich einmal die Umgestaltung des stehenden Heeres in wahrhaft vortrefflicher und freibewilliger Weise in Angriff zu nehmen“, und knüpft daran die dringende Debatte, „daß die Einführung einer Miliz noch eigentlich nur ein Frage der Zeit sei.“ Bekanntlich hat auch der Abg. Richter, als der Führer der Reichstagspartei, bei Beratung des Militär-Gesetz für 1883/84 im Reichstage die Kräfte in ganz ungeduldigster Weise, wenn auch ohne Erfolg, angegriffen, und ist das Streben dieser Partei darauf gerichtet, den Militär-Gesetz in jeder Weise zu beschneiden, um, wenn auch nicht gerade das Miliz-System aufzuheben, so doch unter allen Umständen die zweijährige Dienstzeit durchzusetzen.

Diese „nationalen“ Betrachtungen der deutschen demokratischen Presse gegenüber ist es höchst bezeichnend, wenn die „Republique française“ aus gewissen Vorkommnissen bei der großen Revue am 14. Juli, dem französischen „Nationalfest“, folgert, „daß die Kräftigung des militärischen Geistes der Nation unerlässlich denn je sei.“ Im weiteren Verlauf dieses Themas taucht das genannte Blatt, daß die Kräfte, namentlich in Paris, sich so wenig öffentlich zeigen, kam daß hin und wieder ein Bataillon Infanterie die Gassen entlang marschire. Cavallerie und Artillerie zeige sich dort überhaupt nicht, und es existiren in Paris unpassige Straßen, denen das Schauspiel einer weiten auch noch so kleinen Truppen-Abtheilung gänzlich unbekannt sei. Paris, die Metropole, welche für sich allein mehr als 1/10 der Bevölkerung Frankreichs beherberge, wisse nicht, was die schon seit 10 Jahren ins Leben gerufene Territorial-Armee (Landwehr) sei. Mit Ungehebel sieht die „Rep. franc.“ dem Augenblick entgegen, wo der Kriegsminister von den Kammeren die Bewilligung der Kosten zu einem wenigstens theilweisen Verzicht nach der vorerwähnten Richtung fordern werde!

Die deutsche demokratische und Fortschrittspartei, die das Ende des Externats mit Sehnsucht erwarten, um den Solbstand des Heeres und den Etat derselben möglichst zu beschneiden, können sich bei Franzosen in ihrem Patriotismus wahrlich zum Waispuch nehmen.

Die Antwort des Präsidenten Gröby an den Papst ist nun endlich abgegangen. Gröby stellt sich, wie berichtet wird, in derselben auf den Standpunkt, daß er als Vollzugsorgan der souveränen Kammer keine Gewalt hat, die von dem Papste erlassenen Maßnahmen gegen den Clerus zu verweigern. Er verspricht deshalb, seinen persönlichen Einfluß zur Milderung gewisser Härten geltend machen zu wollen. Er befragt dabei, daß die Bischöfe und Pfarren sich den regelrecht zustande gekommenen Gesetzen widersetzen, was seine persönlichen Bemühungen sehr erschwere. Als Beleg dafür ist zu constatiren, daß der Brief des Papstes wenigstens die Wirkung gehabt hat, einen gewissen Stillstand in den Maßregeln gegen den Clerus (Gehaltsperce etc.) hervorzubringen.

Die Freude über die Annahme der Gerichtsreform durch den französischen Senat (welche am gestrigen Tage auch im Ganzen erfolgte), ist selbst unter den Republikanern nicht allgemein; vielmehr gesteht man sich hier und da, daß schickliches Unheil aus einem Gesetz entstehen könnte, welches die politische Gemeinwohlthätigkeit zum obersten Maßstab für die Ernennung und Beförderung von Richtern macht und so die wahren richterlichen Tugenden, Unparteilichkeit und Gewissenhaftigkeit mit der Wurzel ausrottet. Ueberdies ist die sehr geringe Mehrheit für den wichtigsten Paragraphen jenes Gesetzes, wie Barthelmy St. Hilaire nachdrücklich vor dem Senat bewiesen hat, nicht einmal mit rechten Dingen zu Stande gekommen. Zwei abwesende Senatoren hatten einigen Freunden Auftrag gegeben, für sie gegen das Gesetz zu stimmen; da nun aber zwei andere Senatoren — wohl ohne Auftrag — gleichfalls in Vertretung der Abwesenden für den Paragraphen stimmten, so wurden, als man bei der Zählung den Widerspruch bemerkte, beide Stimmen überhaupt für ungültig erklärt. Außerdem haben der Volksthafter Jaures in Petersburg und der Gesandte Arago, obgleich abwesend, für das Gesetz gestimmt, was man gleichfalls nicht für ordnungsmäßig hält. Eine solche Hilfsmittel aber wäre der Paragraf mit Stimmengleichheit abgelehnt worden.

Die Einladung lautete im Hohen- oder Stallhofwäldchen, die Betreffenden sollten zu der Zusammenkunft die nötigen Fonds mitbringen „pour déroniller les fusils“. Unter dieser „Entrostung der Gewehrläufe“ hätte man nach dem „Clairon“ die „Anschauung der Gurgeln“ zu verstehen und wäre diese schöne bittere Rede ganz mit Unrecht als eine Anspielung auf die 25000 Gewehre der royalistischen Legion gebekannt worden. Die außer dem Herrschaftsbereich Damas Vergebenen sind ein gewisser Balnicelli, Söldenwart des Vereins der Stallknechte und Müllers, ein Hausbesitzer in Revalois-Perret.

Obwohl die republikanischen Blätter nicht gern zugeben mögen, daß sie sich mit ihrem Verschönerungsgedre entlich verhalten, erhebt aus ihren gemündeten Erklärungen, daß die „Clairon“ die Sache der Wahrheit gemäß darstellte. Nur ist hinzuzufügen, daß die dreihundert Herren Richter, Staatsknechte und Freiwortere politische Grundsätze haben und dem „Rey“ vor der Republik den Vorschlag geben, aber wer wollte nicht dies in einem Lande vertragen, wo Bonapartisten, Sozialisten, Anarchisten etc. etc. ihre Verheerungen und Schwärmerien offen zur Schau tragen dürfen? So ganz ungeschoren kommt der „Royal Effing“ nicht durch; was es mit dem Komitate und den 25000 Gewehren nicht ist, will man nun dem Vereine beizukommen suchen, weil er bei seiner Gründung die gesetzliche Ermächtigung eingeholen verfaßte.

Aus Paris, 4. August, wird geschrieben: Mehrere gesellschaftliche Journale verlangen heute für das nächste Jahr den Versuch einer partiellen Mobilisirung, damit insbesondere die Leistungsfähigkeit der Bahnen beurtheilt werden konnte. Die „Republique française“ kommt endlich zur besseren Erkenntnis über die Ursachen des industriellen Rückganges in Frankreich. Sie sagt: Die deutsche Industrie arbeitet nach vernünftigen Grundsätzen und mit Benutzung der neuesten Erfindungen, während die Einrichtungen zahlreicher Pariser Ateliers seit Generationen keine Veränderung erfahren haben. — Die heute eingeleitete Depeche, daß bei dem Ausfalle von Nam Dschid ein chinesischer Divisionsgeneral getödtet worden sei, wird viel beachtet. — Die Journale veröffentlichen erst geringe Berichte über die geringen Streikkräfte der Eisenbahn in Lothringen.

Ägypten scheint unter irgend welcher Gestalt das Schicksal des liberalen englischen Kabinetes zu teilen. Man kann zugeben, daß Dr. Gladstone vom Standpunkte seiner politischen Parteiführer vielleicht nicht ganz consequent handele, aber es das Mißland zu Englande und Fremden Insecurität, aber die Tories sollten doch eigentlich die letzten sein, dem leichten Staatsmanne ihres Landes seine „Anlonquenz“ zum Verbrechen anzurechnen, da doch alle Welt weiß, daß sie in ähnlichen Fällen niemals Bedenken getragen haben, noch tragen würden, zuzugeben, was das politische Interesse solches erfordere. Inzwischen, die Parlamentssession ist mit raschen Schritten ihrem Ende entgegen, und in den Reihen der Opposition vermischt man das bringende Bedürfnis, vor Torschluss noch einen Hauptpunkt zu noagen, und wäre es auch nur, um den Wählern draußen im Lande zu zeigen, daß die Partei auf dem Posten ist und die Gelegenheit wahrnimmt, ter am Staatsruher sitzenden Gegenpartei pflüchschuldigst ein Wein zu stellen. Für nächsten Montag ist denn auch richtig die Interpellation eines Oppositionsmitgliedes, Dr. John Morley, angehängt, des Inhalts, ob die Regierung ihr vor Europa gegebenes Versprechen, Ägypten den Cypriern zurückzugeben, in dem sie ihnen einen hundertjährigen Leih der englischen Garnison ablehnt, diese zur Fehde ertheile, einzuweisen beabsichtigt? Herr Gladstone wird nicht umhin können, sich so kategorisch gestellte Frage gleichweise zu antworten und damit der Welt einen Maßstab für die Beurtheilung des Grades von Gleichgültigkeit zu liefern, welche das Signal zu Englands Machtentfallung in Ägypten wurde.

Mithinsohne dürfte mit dieser Interpellation die Reihe der großen politischen Debatten der Sitzungsperiode ihren Abschluß finden. Die Tagesordnung des Parlaments ist auch außerdem noch überreich ausgestattet. Im Oberhause barren die Nachbestehungsdebatten und die biden Agrar-Reformbill, die das Unterhaus paßt hat, ihrer Erleuterung. Das Unterhaus seinerseits hat noch mit vier oder fünf Gegenwärtigen prinzipieller Tragoedie, darunter die Schaffung eines Ministeriums für Schottland, aufzuräumen. Soll daher die Vertagung gegen den 25. d. Mts. ermöglicht werden, so wird das Parlament den Luxus der Debatten über auswärtige Dinge bis auf das Neujährliche beschränken müssen.

Zum Herbst sieht in einer Reihe der Unionstaaten die Erneuerung der Legislatur bevor, welche diesmal von außerordentlicher Bedeutung ist, denn es wird das Ergebnis derselben entscheidend werden dürfte für den Anfall der nächsten Präsidentenwahl. Es kommen in Betracht die Staaten Iowa, Massachusetts, Minnesota, New-Jersey, New-York, Ohio und Pennsylvania, und unter diesen ist die in Ohio die wichtigste. Mit Ausnahme von New-Jersey haben im Jahre 1880 alle diese Staaten für Garfield gestimmt, seither sind aber noch vier derselben, nämlich Massachusetts, New-York, Ohio und Pennsylvania von den Demokraten gewonnen worden. Von den jetzt noch in den Händen der Republikaner befindlichen Staaten — Iowa und Minnesota — dürfte ersterer, infolge der Propositions-Verantwortung durch die Republikaner, diesmal möglicherweise von den Demokraten gewonnen werden. Von den vier verlorene Staaten werden die Republikaner jedenfalls gewinnen — Pennsylvania und Massachusetts — zurückzugeben. In Ohio und New-York dagegen sind die Chancen der beiden Parteien so nahezu gleich, daß der Ausgang, vorläufig wenigstens, als gänzlich ungewiß und unbedenkbar betrachtet werden muß.

Bermüthete Nachrichten.

Die Königin von Sachsen beging am Sonntag im engsten Familienkreise die Feier ihres 50. Geburtstages. Das





